

Miese Stimmung in der Thüringer Wirtschaft – trotz politischer Versprechen

15.07.2025, von Kai Mudra – Thüringer Allgemeine

Erfurt. Egal ob Steuererleichterungen oder Bürokratieabbau. Die Situation der Thüringer Wirtschaft bleibt trotz solcher Angebote angespannt.

Die Situation in weiten Teilen der Thüringer Wirtschaft ist noch immer angespannt, die Stimmung oft mies. Bisher haben auch politische Ankündigungen wie Steuersenkungen oder Bürokratieabbau daran wenig ändern können. Zwar werden angekündigte politische Reformen begrüßt. „Allerdings unter der Voraussetzung, dass diese Vorhaben auch wirklich umgesetzt werden“, erklärt der Hauptgeschäftsführer des **Verbandes der Wirtschaft** in Thüringen (VWT), Matthias Kreft. „Ein gewisses Misstrauen gegenüber Ankündigungen der Politik ist hier deutlich spürbar.“

Thüringer Wirtschaft hinkt bei Investitionen hinterher

Bei **Investitionen** hinkt die Thüringer Wirtschaft dem erforderlichen Wachstumstrend deutlich hinterher. Im Vergleich zu den Jahren 2015 bis 2019 betrage der aktuelle Rückstand 45 Prozentpunkte. Aktuell liegen diese Investitionen auf dem Niveau von 2015. Die Beschäftigtenzahl im verarbeitenden Gewerbe hat sich im März im Vergleich zu Vorjahr um 2,6 Prozent verringert, geht aus der „Trendinfo“ des Instituts der Wirtschaft in Thüringen für Juni hervor.

Elektro- und Optikbranche: Lichtblick trotz Personalabbau

Ein Lichtblick ist aktuell die Elektro- und Optikbranche trotz eines **Rückgangs der Arbeitskräfte**, die im Vergleich zum Vorjahr moderat um knapp zwei Prozent gesunken sind. Die Metallindustrie verzeichnet einen Beschäftigtenabbau um etwa vier Prozent. Trotzdem sind in diesen beiden Branchen mit gut 22.300 und 25.000 die meisten Arbeitskräfte im verarbeitenden Gewerbe tätig.

Beim Umsatz sticht die Elektro- und optische Industrie mit einer Steigerung von mehr als 51 Prozent binnen Jahresfrist deutlich hervor. Die Thüringer Metallbranche konnte mit einem **Umsatzrückgang** um 0,5 Prozent das Vorjahresniveau knapp halten.

Maschinenbau und Autoindustrie besonders stark betroffen

Am stärksten verringerten sich dagegen in Thüringen die Beschäftigtenzahlen mit 6,2 Prozent beim Maschinenbau und mit 5,8 Prozent in der Automobilbranche. Parallel belasten **Umsatzeinbrüche** beim Maschinenbau von rund 20 Prozent und im Automobilsektor von etwa zehn Prozent deutlich die Zukunftsaussichten.

Zwei von fünf Unternehmen veränderten ihre Investitionspläne nicht, erläutert Matthias Kreft die Auswirkungen der Situation auf die Firmen. Eine nicht repräsentative Umfrage des VWT ergab, dass etwa die Hälfte der Thüringer Unternehmen keine Verbesserung, sondern Stagnation für dieses Jahr erwarte. Mit 43 Prozent befürchteten fast genauso viele Betriebe, dass sich ihre **Lage verschlechtern** werde. Nur wenige Unternehmen gehen laut VWT von einer Verbesserung aus.

Unternehmen versuchen, Arbeitskräfte zu halten

Trotz der sich fortsetzenden **Rezession** würden viele der Betriebe versuchen, ihre Arbeitskräfte zu halten. Maßnahmen wie Anpassung der Arbeitszeit, Fortbildung, Betriebsvereinbarungen,

wenn nötig aber auch Kurzarbeit würden dafür genutzt. Hinzu komme, dass sich 70 Prozent der Unternehmen im Rahmen ihrer Transformation neue Geschäftsfelder erschließen. Damit verbunden sei auch das Werben um neue Kunden sowie das Vordringen in neue Märkte.

Reform der Sozialsysteme längst überfällig

VWT-Präsident Hartmut Koch unterstützt zudem Forderungen der Thüringer Wirtschaftsministerin, Colette Boos-John (CDU), die sich für eine längst überfällige **Reform der Sozialsysteme** ausspricht. „Aktuell belasten steigende Beiträge den Faktor Arbeit weiter“, erklärt Hartmut Koch. In kaum einem anderen Land sei die Belastung durch Abgaben und Steuern so hoch wie in Deutschland. „Immer weniger Brutto vom Netto sei gesamtgesellschaftlicher Sprengstoff.“

„Immer weniger Brutto vom Netto sei gesamtgesellschaftlicher Sprengstoff.“

Hartmut Koch, Präsident des Verbandes der Thüringer Wirtschaft (VWT)

Der Verbandspräsident betont, dass die **Pflegeversicherung** keine Vollkaskoversicherung sei, dass Prävention stärker in den Vordergrund rücken müsse um Pflegebedürftigkeit länger hinauszuzögern. Dabei solle nach den VWT-Forderungen die private Vorsorge mehr in den Fokus rücken und versicherungsfremde Leistungen künftig aus Steuergeldern bezahlt werden.